

Beruhigungsspiel des Oberbürgermeisters?

Zum Artikel „Die Marzoller können wieder Hoffnung schöpfen“ in der Ausgabe vom 30. November:

Neben den drohenden erheblichen Belastungen im Zusammenhang mit dem Kirchholtunnel durch einen Vollanschluss der B 21 an die A 8 kommt die geplante Ansiedlung der Abfallentsorgungsanlage in Türk hinzu. Es droht zusätzlicher Schwerverkehr mit dem Umschlag von bis zu 80.000 Tonnen pro Jahr, mit Lagerung von bis zu 1.000 Tonnen Giftmüll, dabei bis zu 150 Tonnen asbesthaltiger Abfall. Im Brandfall scheint eine Katastrophe in kaum 100 Metern Entfernung von Wohnhäusern vorprogrammiert. Da erscheint die Aussage des Oberbürgermeisters in Zusammenarbeit mit dem Landkreis, mit der Wirtschaftsförderung und natürlich mit dem Betreiber einen Alternativstandort zu suchen, mehr als überfällig. „Warum erst jetzt?“, fragen sich die betroffenen Bürger.

Meines Wissens hat das Bauamt der Kurstadt Alternativstandorte versagt und der Firma zum Kauf dieses Geländes geraten. Die detaillierte Anlagenplanung lag vor. Trotzdem wurde der Öffentlichkeit das Bild eines künftigen „Wertstoffhofs plus“ vermittelt. Inwiefern sich dabei die Stadträte

ausreichend informiert fühlen, können diese selbst am besten beurteilen.

Als sich im Februar 2010 Widerstand in der Bevölkerung regte (über 500 Unterschriften) und eine Bürgerabordnung beim Oberbürgermeister vorsprach, verwies dieser nur auf das laufende Verfahren beim Landratsamt. Mit enormer Mühe und finanziellem Aufwand von über 12.000 Euro für Rechts- und Fachexperten mussten die Bürger selbst ihre Interessen vertreten. Die viel propagierte Bürgernähe der gewählten Vertreter erschien den Betroffenen wie Hohn. Ein schlimmer Teil der Anlage, Betonbrecher und Holzschredder, konnten zunächst abgewendet werden. Die Firma arbeitet jedoch weiter an der Anlagenplanung. Es droht eine Drehscheibe der Abfallwirtschaft.

Das plötzliche Einschwenken des Oberbürgermeisters klingt gut. Bleibt die Frage, mit welchem Nachdruck diese Idee tatsächlich verfolgt wird. Die Bürger werden „Beruhigungsspielen“ im Hinblick auf die Oberbürgermeister-Wahlen nicht hinnehmen. Nach diesen Absichtserklärungen erwarten die betroffenen Bürger auch konkrete Taten. Manfred Hofmeister,

Bürgerinitiative
Lebenswertes Marzoll

Bürgermeister soll sich entschuldigen